

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Verordnung zum CO2-Ausstoß unterzeichnet



Straßburg. In dieser Woche wurde von EU-Parlamentspräsident Martin Schulz die abgestimmte Verordnung zum CO2-Ausstoß von neuen PKW ab 2020 unterzeichnet,

bei welcher der nordbadische Europaabgeordnete Dr. Thomas Ulmer (CDU) Berichterstatter seiner Fraktion war. Die Verordnung war im Februar 2014 mit großer Mehrheit des Parlaments nach einem zweijährigen Verhandlungsmarathon unter der Leitung von Ulmer abge-

stimmt worden. Die Verordnung regelt, wie viel CO2 die Flotte von Neuwagenherstellern ab 2020 emittieren darf. Auf dem Foto zu sehen sind: Matthias Groote, Vorsitzender des Unterausschusses (o.l.), Dr. Thomas Ulmer MdEP, Berichterstatter (o.r.), Dimitris Kourkoulas, stellvertretender Minister für EU-Angelegenheiten aus Griechenland (u.l.) und Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments.

Mehr Verkehrssicherheit auf Europas Straßen



Das Europäische Parlament verabschiedete aktuell eine neue Richtlinie zur Hauptuntersuchung für Kraftfahrzeuge. Damit sollen Europas Straßen künftig sicherer werden, ohne dass dies zu einer Mehrbelastung für deutsche Autofahrer führt. Die in Deutschland geltenden Prüfintervalle für die Hauptuntersuchung (HU) von PKW, LKW und Motorrädern bleiben erhalten. So müssen deutsche Autofahrer wie bisher auch nach einem Neuwagenkauf erst nach drei Jahren zur HU und danach alle zwei Jahre. „Für deutsche Autofahrer ändert sich nichts, aber wir exportieren die deutschen Sicherheitsstandards nach ganz Europa. Jährliche Prüfungen konnten wir verhindern. Diese hätten die Autofahrer nur Zeit und Geld gekostet, ohne einen wirklichen Mehrwert für die Sicherheit zu bringen“, begrüßte Dr. Thomas Ulmer MdEP die neuen Regelungen. Gemeinsam mit der Richtlinie für strengere Hauptuntersuchungen wurde auch eine neue Richtlinie zu Unterwegskontrollen für Nutzfahrzeuge vom Parlament angenommen. Die Unterwegskontrollen sollen künftig nach einheitlichen Standards und europaweit durchgeführt werden. Zu diesen neuen Kontrollstandards gehört unter anderem die Suche nach abgefahrenen Reifen und schwachen Bremsen. Es wurden aber auch europaweit einheitliche Normen für die Ladungssicherung festgelegt, die bei den mobilen Kontrollen geprüft werden. Rutschende Ladung, die im Ernstfall auf die Straße fallen kann, soll so verhindert werden. Auch über diese neue Regelung zeigte sich Ulmer erfreut: „Deutschland ist ein wichtiges europäisches Transitland, es fahren viele Lastwagen und PKW aus anderen Staaten auf unseren Straßen. Ziel ist eine deutliche Verbesserung der Verkehrssicherheit.“ Die neuen Richtlinien gelten ab Frühjahr 2018 in allen 28 EU-Mitgliedstaaten. Zudem soll bis 2022 auch eine in allen Staaten verpflichtende HU für Motorräder eingeführt werden. Diese ist in Deutschland bereits seit vielen Jahren Pflicht.

Besucherguppen im Europäischen Parlament



CDU-Kreistagsfraktion Rhein-Neckar



Frauen Union Rhein-Neckar



Frauen-Akademie Buchen

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Die Türkei-Politik von SPD und Grünen widerspricht europäischen Werten

Das Europäische Parlament hat über den Fortschrittsbericht der Türkei für das Jahr 2013 abgestimmt. „Ich kann nicht verstehen, wie man trotz der massiven Beschneidung von Meinungs- und Pressefreiheit durch die Regierung in Ankara weiter über einen EU-Beitritt der Türkei verhandeln will“, übt der baden-württembergische Europaparlamentarier Dr. Thomas Ulmer (CDU) scharfe Kritik.

„Ich sehe nicht, wie die Abgeordneten von SPD und Grünen noch daran glauben, dass wir mit einem demokratischen Staat verhandeln. Offensichtlich verletzt die Regierung in Ankara Grundpfeiler, die zu einer Demokratie gehören. Massive Gewalt gegen friedliche Demonstranten auf dem Taksim-Platz, brutale Polizeigewalt und die Absetzung regierungskritischer Beamter zeigen deutlich denn je, dass die Türkei weit entfernt ist von einem demokratischen Rechtsstaat“, empört sich Ulmer weiter.

„Es ist töricht und geradezu naiv, angesichts dieser Rückschritte zu fordern, dass weiter Verhandlungskapitel

geöffnet werden“, zeigt sich Ulmer erstaunt über das Abstimmungsverhalten von SPD und Grünen, „die Beitrittsverhandlungen sind eines der stärksten außenpolitischen Instrumente, welche die Europäische Union zu bieten hat. Es wäre an der Zeit, das Druckmittel, die Verhandlungen auszusetzen, sollte sich an der innenpolitischen Lage in der Türkei nichts ändern, auch einzusetzen“.

Auch wenn das Parlament an einigen Punkten, wie beispielsweise die Weigerung das EU-Mitglied Zypern anzuerkennen oder auch, dass Polizeibeamte aufgrund ihrer Religion, ethnischen Zugehörigkeit oder politischen Ansichten ausgewählt werden, Kritik übt, ist Ulmer höchst unzufrieden mit dem Ergebnis: „Wir schwächen durch die Eröffnung weiterer Verhandlungskapitel unser Ansehen als Wertegemeinschaft. Wir können nicht mit einem Partner über die Zugehörigkeit zu einer Wertegemeinschaft verhandeln, der diese Werte offensichtlich nicht in seiner Gesellschaft etablieren möchte.“

Mehr Transparenz und Verbraucherschutz bei Pauschalreisen



In Straßburg verabschiedete das Europäische Parlament aktuell seine Position zu einer Überarbeitung der EU-Richtlinie zu Pauschalreisen. Die Richtlinie betrifft all solche Pauschalreisen, die ein Angebotspaket aus mehreren Lei-

tungen umfassen, beispielsweise ein Paket aus Flug, Hotel und Mietwagen. Die derzeit gültige Richtlinie besteht schon seit 1990 und soll nun erneuert werden. Auch Dr. Thomas Ulmer MdEP plädiert für eine solche Neu-

erung: „Durch die Möglichkeit, Pauschalreisen online anzubieten und zu buchen, gibt es mittlerweile viele innovative Geschäftsmodelle, für welche die alte Richtlinie nicht mehr zeitgemäß ist. Wir müssen uns um angemessene Marktchancen für die Anbieter kümmern, aber vor allem auch die Verbraucherrechte stärken.“

Automatische Preiserhöhungen nach Abschluss der Buchung sollen künftig verboten werden. So können Anbieter die Preiserhöhung Dritter, beispielsweise ein Treibstoffzuschlag der Fluglinie, nicht mehr einfach an den Reisenden durchreichen. Erhöht sich der Preis einer Reise nach der Buchung um mehr als acht Prozent, so sollen Verbraucher das Recht haben, die Buchung ohne Zusatzkosten zu stornieren und den gezahlten Betrag zurückzubekommen. Auch soll ein Anspruch auf ein

gleichwertiges Alternativangebot in die neue Richtlinie aufgenommen werden.

Bei unvermeidbaren und außergewöhnlichen Umständen, in denen Urlauber unterwegs „festsitzen“, soll in Zukunft eine Unterbringungspflicht für den Anbieter gelten. So kann dieser selbst für eine Unterbringung sorgen, wobei dabei die ursprünglich gebuchte Kategorie berücksichtigt werden muss. Wenn der Anbieter kein Angebot macht, sollen Reisende das Recht auf maximal fünf Übernachtungen zu maximal 125 Euro haben.

„Verbraucher müssen vor Vertragsabschluss alle notwendigen Informationen bekommen. Dazu gehört insbesondere auch die Information, welche einzelnen Leistungspflichten auf Seiten des Anbieters bestehen“, äußerte sich Ulmer abschließend.

Europäischer Datenschutz

Diese Woche hat das Europäische Parlament über ein Datenschutzpaket abgestimmt. In Europa ist damit der Fließkenteppich im Bereich des Datenschutzes nun Vergangenheit. Der baden-württembergische Europaabgeordnete Dr. Thomas Ulmer (CDU) sieht die Ergebnisse dennoch kritisch.

Ulmer: „Der Schutz von personenbezogenen Daten ist ein Grundrecht. Dieses Grundrecht müssen wir schützen. Allerdings dürfen wir in diesem Zusammenhang nicht naiv sein. Durch den globalen Datenverkehr sind europäische Gesetze zum Datenschutz nur die halbe Miete. Wir müssen mehr tun, als Gesetze zu erlassen. In diesem Bereich müssen – mit Blick auf den NSA-Skandal – Taten folgen. Es sind mehrere Schritte notwendig. Wir

brauchen einen baldigen Abschluss des EU-US-Rahmenabkommens, um gleiche und verstärkte Datenschutzstandards bei der Kriminalitätsbekämpfung zu etablieren. Vor allem müssen wir aber in unsere Infrastruktur investieren, um unsere IT-Sicherheit zu erhöhen und technologisch unabhängig zu sein.“

Ulmer hat in den letzten Monaten immer wieder darauf hingewiesen, dass das Recht an den eigenen Daten ein Grundrecht sei, das geschützt werden müsse.

Im Zusammenhang mit dem Datenklau von mehreren E-Mail-Accounts hat er einen Brief an den amerikanischen Präsidenten Obama geschickt und ihn aufgefordert, dass die NSA der deutschen Justiz bei diesem Fall helfe, da sie ja aller Voraussicht nach über die notwendigen Daten verfüge.

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU).

Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Herausgeber: Dr. Thomas Ulmer MdEP (verantw.), Tarunstr. 21,

74821 Mosbach, Telefon 06261 8939191, Telefax 06261 893963

Redaktion und Gestaltung: Matthias Busse, BNC, Mobil 0171.6809454

Powered by: www.busse-nahrgang.com

Bildnachweis: Titelfoto: © Busse. Foto CO2-Verordnung: © Nahrgang. Foto HU: © Busse.

Fotos Besuchergruppen: © Nahrgang. Symbolfoto „Passengers board a plane at Marseille“:

© European Union 2012 - EP.

E-Mail: info@thomasulmer.eu / Internet: www.thomasulmer.eu